

Mitteilungen und Anfragen

Name des Stadtrates

Gunter Walther (Bündnis 90/GRÜNE)



eingereicht zur Sitzung des Stadtrates am

12. 12. 2019

Weißenfelser Erklärung

Aufnahme eines TOP in den nächsten Stadtrat bzw. nach GeschO. § 2, Abs. 3 spätestens übernächsten Stadtrat mit folgenden Beschlussinhalt:

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt:

Erklärung gegen Rassismus, rechtsradikales Gedankengut, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierungen

Inhalt der Erklärung:

Die Stadt Weißenfels ist mit über 40.000 Einwohnern die bevölkerungsreichste Stadt im Burgenlandkreis und auch die wirtschaftlich stärkste Kommune. In Folge eines für Sachsen Anhalt sehr hohen Ausländeranteils, der im wesentlichen durch deren Beschäftigung in einem hiesigen Unternehmen der Lebensmittelindustrie begründet ist, ergibt sich für unsere Stadt eine hohe Verantwortung im Umgang mit verschiedenen Kulturen, Lebensauffassungen und deren Zusammenleben mit eingewanderten Bürgern. Unsere Stadt ist ein neues Zuhause für diese Menschen und ihren Familien.

Gerade die kommunale Vertretung sollte sich dieser Verantwortung bewusst sein und eine Vorbildfunktion übernehmen.

Aus aktuellen Anlass heraus, der durch ein (zurückgetretenes) Mitglied der AfD Fraktion in den Internet Medien erfolgten Verherrlichung der Nazi – Wehrmacht, als Vollstrecker einer rassistischen, insbesondere gegen das jüdische Volk gerichteten Ideologie, hat sich gezeigt, dass solch ein rechtsradikales Gedankengut immer noch vorhanden oder (schon wieder) auch bei einer gewählten Vertretung angekommen ist. Bisher waren Äußerungen in dieser Richtung nur auf Landes -und Bundesebene von führenden Vertretern der AfD bekannt. Alle andern dort vertretenen sich auf demokratische Prinzipien berufenden Parteien lehnen daher strikt eine Zusammenarbeit mit der AfD ab. Durch oben genannte Erklärung schließt sich der Stadtrat von Weißenfels diesem Votum an und erklären folgendes:

Wir, die Mitglieder des Stadtrates, schätzen die vorhandene Vielfalt der in Weißenfels lebenden Menschen, mit ihren unterschiedlichen Kulturen, Talenten und Fähigkeiten. Dies macht unsere Stadt lebens- und liebeswert. Wir sind der festen Überzeugung, dass der überwiegende Teil der Menschen unserer Stadt diese Auffassung teilt.

Leider haben wir erfahren müssen, dass rassistisches Gedankengut auch vor der kommunalen Vertretung der Stadt WSF nicht halt gemacht hat. Eine einfache Distanzierung durch Stadtratsfraktionen und der erfolgte Rücktritt des durch

rassistische Äußerungen aufgefallenen AfD Vertreters reichen nicht aus. Jegliche Zusammenarbeit, Akzeptanz oder nur ein wohlwollendes (nützliches) Dulden der AfD Fraktion wird im Stadtrat WSF ebenso wie auf Landes- und Bundesebene ausgeschlossen.

Dem Stadtrat ist bewusst, dass auch in WSF Menschen auf Grund ihres Geschlechtes, ihrer Religion oder Weltanschauung, Hautfarbe, Nationalität oder ethnischen Herkunft, ihres Alters, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder Identität, ihrer sozialen Stellung oder anderen persönlichen Umständen ausgegrenzt und benachteiligt werden. Der Stadtrat tritt jeglicher Form solcher Diskriminierungen entschieden entgegen. Er verpflichtet sich alles in seiner Macht stehende zu tun und alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus zu unterbinden.

Als Stadträte, gemeinsam mit der Verwaltung, wollen wir im Dialog miteinander durch gegenseitiges Verständnis, Respekt und frei von Vorurteilen eine Stadt und eine Gemeinschaft gestalten, in der ein Klima der Akzeptanz und des gegenseitigen Vertrauens herrscht und jede/jeder Einzelne die ihr/ihm zustehende Wertschätzung erfährt.

Der Stadtrat fordert Menschen in den unterschiedlichen Bereichen unserer Stadt, zum Beispiel in Kindergärten, Schulen, Einrichtungen, Vereinen, Organisationen, Betrieben und Unternehmen auf, gemeinsam entschieden gegen Gewalt, Gewaltverherrlichung, Diskriminierung, Rassismus und Verbreitung von Nazi Ideologien vorzugehen.

Hinweis:

Der Antrag von Bündnis 90/GRÜNE lehnt sich in Wortlaut und Inhalt im wesentlichen an entsprechende Erklärungen von kommunalen Vertretungen in Deutschland an.

Gunter Walther

Bündnis 90/GRÜNE

